

Vorlage Nr. 101.17.706

Elektronische Akten (E-Akte) im Jobcenter Stadt Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

1. Plant das Jobcenter Stadt Kassel die Umstellung der "Kundenakten" von Papierform auf eine digitalisierte E-Akte oder ist dies bereits geschehen?
2. Falls eine Umstellung geplant ist, wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?
3. Sofern eine Umstellung noch nicht erfolgt ist: Werden bereits Kundenakten eingescannt?
4. Sieht der Magistrat datenschutztechnische Bedenken bei einer Umstellung auf E-Akten?
5. Welche Daten sollen ggf. in einer E-Akte aufgenommen werden und welche nicht
 - 5.1 Gilt das auch für Kontoauszüge?
 - 5.2 Was geschieht mit den schon jetzt kopierten und vorliegenden Unterlagen (z.B. Kontoauszüge) der hilfsbedürftigen Bürger? Werden diese in die E-Akte eingelezen?
 - 5.3 Wer alles hat Zugang zu den E-Akten (z.B. Abteilungen, Personengruppen)?
 - 5.4 Nach welchen Kriterien soll dieser Prozess laufen und wer legt diese fest?
6. Gibt es eine demokratische Kontrolle bei der Umsetzung der E-Akte vor Ort?
Wenn nein, wie soll diese erfolgen?
7. Welche Verknüpfung mit den Daten anderer Behörden, Jugendamt, Gesundheitsamt etc. sind beabsichtigt?
Wenn ja, welche sind das?
 - 7.1 Wie läuft der Datenaustausch zwischen dem privaten Jobcenter (GmbH) mit anderen Behörden der Stadt zur Zeit. Was wird wann ausgetauscht, welche Behörden haben Zugriff bzw. was wird verknüpft (Profile).
8. Welche Auswertungen der E-Akte sind geplant (Abfragemuster, Verknüpfungen)?
 - 8.1 Welche sind öffentlich und welche nur intern?
 - 8.2 Welchen Einfluss hat das Stadtparlament auf diese Datenbankabfragen?
(Demokratische Kontrolle?)
9. Wer überwacht mit welchen Mitteln die Einhaltung des Datenschutzes beim JOBCENTER?
 - 9.1 Warum gibt es keinen Datenschutzbeauftragten beim Jobcenter?
10. Haben HartzIV-Empfänger überhaupt Anspruch auf Datenschutz wenn sie Förderung/Subventionierung beantragen? Wenn ja, worin besteht dieser?
 - 10.1 Wo liegen seine Einschränkungen (aus Jobcentersicht) im Vergleich mit dem anderen Bürgern?
 - 10.2 Wie werden diese Einschränkungen im Einzelnen begründet?
11. Müssen andere Rechtssubjekte (Unternehmen, Sozialkonzerne) ebenfalls alle ihre Konten, Geschäftsbeziehungen und Einnahmen offenlegen, wenn sie öffentliche Mittel (Subventionen, EU-Mittel etc.) beantragen? Wenn nein, warum gilt hier keine Gleichbehandlung?
 - 11.1 Werden die Daten bzw. Akten der subventionierten Unternehmen ebenfalls eingescannt?

12. Wer sichert und überwacht den Transport und die Vernichtung der Papier-Akten?
12.1 Warum werden die Akten nicht den Betroffenen ausgehändigt?
12.2 Was passiert mit den Papier-Akten nach ihrer Digitalisierung?
12.3 Wo und wie können die Betroffenen ihre E-Akte einsehen und/oder kopieren?
(Informationelle Selbstbestimmung)

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Jörg-Peter Bayer

Dr. Bernd Hoppe
Fraktionsvorsitzender